



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

auflegen könnten, so würde dieser gesetzlichen Bestimmung damit eine Ausdehnung gegeben werden, welche nicht im Sinn des Gesetzgebers gelegen haben kann und zu bedenklichen Consequenzen führen müßte.“

Die sächsische Presse muß uns Dank wissen, zu dieser authentischen Interpretation des Gesetzes Veranlassung gegeben zu haben. Möchte das Ministerium nur darauf denken, dem Gesetz — das auch uns in der That nicht ganz klar erscheint — eine bestimmtere Fassung zu geben; denn auch dem Ministerium kann es weder angenehm noch förderlich sein, als literarische Behörde über Kritik und Antikritik zu Gericht zu sitzen, und von Amtswegen lange Romane durchzulesen, um zu erkennen, ob der Thatbestand vom Recensenten genau oder ungenau angegeben ist.

Im Uebrigen war unsere Absicht, nach Feststellung des Princips dem Wunsch des Hrn. Dr. Gutzkow zu entsprechen: 1) seine Berichtigung unverkürzt abdrucken zu lassen (nicht bloß das Factische, daß Lucinde nicht aus einem Bier-, sondern aus einem Wasserglase Champagner trinkt, daß die erzbischöfliche Stadt, wo sie zuerst hingeht, nicht Köln ist, sondern eine andere u. s. w.); 2) ebenso die angefochtenen Stellen seines Buchs wörtlich, um den Leser selbst urtheilen zu lassen, ob unsere Farbe zu stark war; 3) die Actenstücke; 4) unsern Commentar dazu; 5) eine Erörterung der Reclamensfabrik in Dresden mit ihren Filialen in Leipzig, Breslau u. s. w. — Wir nehmen in diesem Augenblick — wo, aufrichtig gesagt, unsere Stimmung für dergleichen zu ernst ist — so lange damit Anstand, bis Hr. Dr. Gutzkow uns durch eine neue Provocation veranlaßt, uns dennoch diesem unbehaglichen aber lehrreichen Geschäft zu unterziehen. — Eine weitere Besprechung seines Romans erfolgt nach Vollendung desselben. —

Von der preussischen Grenze.

In dem wilden Drama, das sich — leider nur in zu gefahrdrohender Nähe — vor unsern Augen entwickelt, brachte die letzte Woche die wunderbarsten Ueberraschungen. — Abreise des Erzherzog Albrecht von Berlin, nachdem die Presse die Erzielung eines vollständigen Einverständnisses zwischen Oestreich und Preußen triumphirend gemeldet; unmittelbar darauf Antrag Preußens beim deutschen Bund auf Kriegsbereitschaft einstimmig angenommen; gleichzeitig Anzeige eines neuen, von England ausgehenden Vermittlungsversuchs, der Vorschlag einer aus militärischen Bevollmächtigten der fünf Großmächte und Sardinien's zusammengesetzten Commission, die allgemeine gleichzeitige Entwaffnung zu überwachen; unmittelbar darauf heitere, frühlingsgleiche, mit Blumen geschmückte Festaussgabe des Moniteur: alle Schwierigkeiten seien gehoben, und man warte nur auf den angemessenen Ort, sich brüderlich in die Arme zu sinken; in Folge dessen Zweifel in Berlin, ob man den Antrag auf Bewaffnung nicht zurücknehmen solle (der unter diesen Umständen den Unkundigen allerdings sehr deplacirt erscheinen mußte); gleich darauf telegraphische Depesche aus Wien: Kriegsmanifest der Wiener

Zeitung, Commation an Sardinien, binnen drei Tagen zu entwaffnen, widrigenfalls Krieg; dann, wie natürlich, Anzeige eines Marsches von 100,000 Franzosen an die piemontesische Grenze; Protest Englands gegen Oestreichs eigenwilliges Vorschreiten; warnendes Achselzucken Rußlands. Wem da nicht der Kopf mild wurde, der konnte sich wahrlich eines kühnen Temperaments rühmen!

Endlich gibt die preussische Regierung in der officiösen Zeitung eine Aufklärung der Sache, die nur noch dazu angethan ist, die Verwirrung zu vergrößern. Nach dieser Aufklärung ist es ein reiner Zufall, daß der Antrag Preußens auf Bundesbewaffnung, gemacht vor dem letzten Vermittlungsvorschlag, gleichzeitig mit dem Ultimatum Oestreichs veröffentlicht wurde; er habe mit der Anwesenheit des Erzherzogs und anderer deutschen Fürsten in Berlin nichts zu thun: „was aber den letzten Schritt Oestreichs Sardinien gegenüber anlangt, so mußte die Nachricht davon die königliche Regierung um so mehr überraschen, als noch in den unmittelbar vorangegangenen Tagen (bis zur Abreise des Erzherzogs) von ihr nichts unterlassen war, um das wiener Cabinet auf die unberechenbaren Folgen und die schwere Verantwortlichkeit eindringlich aufmerksam zu machen, welche jedes einseitige Verfahren nach sich ziehn mußte.“ — Und eine andere berliner Zeitung, die „Bank- und Handelszeitung“, setzt mit dem Anschein positiven Wissens hinzu: „Am 21. April früh ist der preussischen Regierung von dem Geschehenen Anzeige gemacht worden. Unsere Regierung säumte nicht, noch jetzt Vorstellungen in Wien zu erneuen, welche die Erhaltung des Friedens möglich machen könnten. In der Vorausicht ihrer Erfolglosigkeit erklärte sie, daß sie Oestreich die ganze Verantwortlichkeit für die Folgen seines verhängnißvollen Entschlusses überlassen müsse. Es ist nunmehr der feste Entschluß unsrer Regierung, dem Streit zwischen Oestreich und Sardinien, selbst wenn aus demselben ein Conflict Oestreichs mit Frankreich hervorgehn sollte, so lange fremd zu bleiben, als der Krieg nicht entweder deutsches Bundesgebiet berühren oder eine Einnischung Englands oder Rußlands eintreten sollte. Die Initiative, welche Preußen am Bunde ergriffen hat, zeigt, daß diese Macht gleichzeitig bestrebt ist, auch den deutschen Bund mit sich auf gleicher Linie der Parteinahme fern zu halten.“

Aus diesen Enthüllungen ergibt sich wenigstens so viel mit Bestimmtheit, daß die Mission des Erzherzog Albrecht gescheitert, daß ein Einverständnis zwischen Oestreich und Preußen nicht erzielt worden ist. Es ergibt sich aber nicht daraus, wie weit Preußen mit den übrigen deutschen Bundesregierungen sich über den Weg, der nun einzuschlagen sei, verständigt habe, und das wäre für jetzt die Hauptsache. Wird hier eine Einigung, eine ernste, feste Einigung möglich, so können wir jeder Eventualität mit Zuversicht entgegenstehn, gleichviel wann die Nothwendigkeit eintritt, uns an dem Kampf zu betheiligen; im entgegengesetzten Fall sehen wir nur Schmach und Elend voraus. Der Wortlaut des preussischen Antrags an die Bundesversammlung und die unmittelbare einstimmige Annahme desselben 23. April scheint zwar auf eine vorherige Einigung hinzudeuten; aber diese Andeutung genügt um so weniger, da Oestreich, welches entschieden mit Preußen nicht einig ist, dem Antrag secundirt hat. In dieser Hinsicht wäre eine unverhüllte Erklärung Preußens das wünschenswertheste Ereigniß der nächsten Tage.

Aus unsern frühern Aufsätzen ergibt sich, daß wir die Haltung der preussischen Regierung, wenn sie, wie wir voraussetzen, sich gleich bleibt, unbedingt billigen;

daß sie uns nicht bloß für Preußen, sondern für ganz Deutschland als die zweckmäßigste erscheint, und daß auch Oestreich insofern damit zufrieden sein kann, als sie ihm den Rücken deckt: sowohl gegen einen Angriff Frankreichs auf sein Bundesgebiet als gegen eine zweideutige Wendung Rußlands.

Daß die letztere nicht unmöglich sei, ergibt sich am deutlichsten aus den Erklärungen der englischen Minister. Daß Rußland — aus Abneigung gegen Oestreich — seit langer Zeit mit Frankreich denselben Weg verfolgt, war bereits aus den verschiedenen Phasen der orientalischen Frage bekannt, in denen die beiden Mächte einander stets secundirt haben. Noch sind, trotz der pariser Conferenz, die Zwistigkeiten in Bezug auf die Walachei und Serbien nicht geschlichtet, noch immer hat Rußland entschiedenes Interesse daran, daß Oestreich nach dieser Seite nicht freie Hand gewinne. Indessen nahm man an, daß es zu sehr mit seiner innern Entwicklung zu thun habe, um eine Erschütterung des Friedens zu wünschen; daß es nicht in der Lage sei, sich mit voller Macht an einem europäischen Krieg zu betheiligen. Man nahm daher an, der bekannte, von England und Frankreich sofort angenommene Antrag eines Congresses zur Erledigung der italienischen Frage sei in der Hauptsache mit der Sendung des Lord Cowley übereinstimmend gewesen. Lord Derby belehrt uns nun vom Gegentheil: der Antrag Rußlands war eine Contre-mine, und ihm hauptsächlich schiebt die Regierung der Königin Victoria das Scheitern der Vermittlung zur Last. — Eine Nachricht der — in dieser Beziehung sonst gut unterrichteten — Kreuzzeitung meldet die Kriegsbereitschaft eines russischen Armee-corps: „Das petersburger Cabinet habe erklärt, daß es seine Truppen nicht vorschicken werde, so lange dergleichen auch in Deutschland nicht geschehe; andernfalls werde es ein Observationscorps aufstellen an der östreichischen Grenze und also dieselbe beobachtende Stellung einnehmen, wie Oestreich während des orientalischen Krieges.“ — Wenn die Nachricht auch nicht officiell sein sollte: daß derart wirklich die Gesinnung des petersburger Cabinets beschaffen ist, darüber kann kein Zweifel stattfinden. Und wenn es ihm zum Ueberfluß noch einfallen sollte, auch die Dänen aufzubieten, so werden es diese an sich nicht fehlen lassen.

Wie steht es nun mit England, der einzigen Macht, die im Allgemeinen für Oestreich und Deutschland wohlgesinnt ist? Leider ist die Regierung nicht in der Lage, einen entscheidenden Schritt zu thun, weil ihre Existenz — Dank den Intriguen der Whigs! — nur provisorisch ist; weil sich die öffentliche Meinung, trotz ihrer Abneigung gegen den Friedensstörer Napoleon, auf das entschiedenste gegen jede Bethheiligung an dem Continentalkrieg ausspricht, und weil jede Intervention in Italien, zu Gunsten des Absolutismus, unpopulär sein würde. — Die Minister sind über zwei Punkte einig: 1) daß Oestreich völlig im Rechte ist, 2) daß es höchst unweise handelt (in Beziehung auf die Verträge mit den italienischen Staaten), auf seinem Rechte zu bestehen. In beiden Punkten stimmt wol alle Welt mit ihnen überein. Nun sagte Lord Derby, bevor die Antwort auf seinen letzten Vermittlungsvorschlag eingelaufen war: „England wird nun bald erklären müssen, daß es sich von jeder weiteren Dazwischenkunft zurückziehe und für die Zukunft freie Hand lassen muß.“ „Der Krieg wird nicht auf Italien beschränkt bleiben. Es wird ein sehr blutiger Krieg, weil ein Principienkampf, ein Kampf voll Leidenschaft sein; nicht ein Kampf zwischen zwei großen Staaten zu einem bestimmten Zweck geführt,

sondern eine Feuersbrunst ohne Ziel und Grenze.“ „Die geringste Ueberschreitung der italienischen Grenze wird den deutschen Bund ins Spiel bringen.“ [Ob hier die Grenze zwischen Italien und Deutschland gemeint ist?] „Und möge die Kenntniß, daß England kein schwacher oder hilfloser Zuschauer des Kampfes bleiben werde, dem Ehrgeiz und der Herrschsucht zur Warnung dienen und das drohende Unheil womöglich abwenden.“

Offenbar ist diese Spitze gegen Kaiser Napoleon gerichtet, wie denn überhaupt die ganze Rede, obgleich sie keine bestimmte Hilfe in Aussicht stellt, sich im Ganzen für Oestreich günstig ausspricht. Die Whigs, die für den Fall, daß sie ans Ruder kommen, eine für Sardinien günstigere Wendung in Aussicht stellen (gewiß sehr unpatriotisch!), haben diese Neigung nur noch mehr markirt.

Was kann nun Oestreich bestimmt haben, diese günstige Meinung offen von sich zu stoßen, den Vermittlungsvorschlag (der wider Erwarten von den Gegnern angenommen wird) nicht bloß völlig zu ignoriren, sondern unmittelbar den letzten Schritt eintreten zu lassen, der zum Kriege führen muß? denn daß Sardinien das Ultimatum annehmen könne, wird selbst in Wien niemand glauben. Die Frage drängt sich um so mehr auf, da Oestreich in diesem bestimmten Punkt die öffentliche Meinung entschieden gegen sich hat, da es alle Welt unbillig findet, daß Sardinien, weil es keine Großmacht ist, früher entwaffnen soll als sein mächtiger Gegner, der es zerdrücken kann; da alle Welt (und nicht ohne Grund) überzeugt war, Oestreich habe in diesem Punkt nachgegeben und das Princip der gleichzeitigen Entwaffnung anerkannt.

Infolge dieses Schritts — der noch dazu in einer für Preußen ziemlich verlegenden Form diesem mitgetheilt zu sein scheint — hat es sich England und Preußen entfremdet, und aus den officiellen und officiösen Berichten aus Wien können wir nicht ersehen, was es damit eigentlich gewonnen hat. Der versuchte Nachweis der Wiener Zeitung, Oestreich habe seine Anforderung der vorläufigen Entwaffnung Sardinien's, ehe an die gleichzeitige Entwaffnung der Großmächte gedacht werden könne, nie aufgegeben, wird niemand überzeugen.

Es ist ferner außer Zweifel, daß das östreichische Cabinet sein Ultimatum gestellt hat, nachdem ihm der Vermittlungsvorschlag Englands vorgelegt war.

Vor dem officiellen Artikel der Wiener Zeitung sagt die Ostdeutsche Post: „Zu welchem praktischen Resultat würde das englische Project führen? Die Entwaffnungskommission würde zusammentreten und ihre Arbeiten beginnen, sie würde damit anfangen, den normalen Stand der Waffenmacht eines jeden Staats zu prüfen, die Listen der außerordentlichen Bewaffnung zu studiren, über das Institut der Reserven (welches in jedem Lande anders ist) Berichte einzusenden, diese zu vergleichen, zu studiren u. s. w. Mittlerweile müssen die Heere Oestreich's schlagfertig in ihren Cantonirungen bleiben, die Piemonts nicht minder, während die Freischärler und fahnenflüchtigen Buzügler sich mehren“ u. s. w. „Ist das ein Vorschlag, von dem man sich einbildet, daß er zum Guten führen kann? Liegt es nicht auf der Hand, daß die Mitglieder der Entwaffnungskommission, welche von denselben Mächten bestellt wird, die im Congreß sitzen, ja sogar noch von Sardinien extra, theilweise die Sache so in die Länge ziehen werden, als der Congreß dauert, so lange als Frankreich, Sardinien und vielleicht auch Rußland ein Interesse daran haben, die Berathungen auszudehnen?“

Wir sind keineswegs gemeint, diese Bemerkungen als gänzlich unbegründet zurückzuweisen; die Beaufsichtigung der gleichzeitigen Entwaffnung wird stets mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein, aber an und für sich ist sie doch nothwendig, denn die bloße Behauptung der Mächte, daß sie entwaffnen, ist doch noch keine genügende Bürgschaft. — Aber was lag denn in dem Vorschlag Englands, auch wenn man in Bezug auf die Modalität Bedenken hatte und Abänderungen vorschlug, das eine so schroffe Zurückweisung motivirt hätte?

Wir finden keinen Grund, und wenn nicht im Lauf der nächsten Tage Thatfachen eintreten, die uns eines Andern überführen, so müssen wir annehmen, daß an maßgebender Stelle eine Veränderung in den Ansichten eingetreten ist: ob wegen des unvollständigen Erfolgs der Sendung des Erzherzog Albrecht, oder aus welchem andern Motiv, können wir natürlich nicht errathen. † †

Folgende Umstände sind noch nachträglich hinzuzufügen.

1) Oestreich hat sein Ultimatum übergeben, nachdem ihm nicht bloß die Annahme des englischen Vermittlungsversuchs durch Frankreich und Sardinien, sondern auch die Rückäußerungen Preußens und Englands über sein Vorhaben bekannt waren. Die Meinung scheint zu sein, daß der Schutz der Bundesgrenze durch Preußen und den Bund für Oestreich vorläufig ein hinlänglicher Vortheil sei. Die Ostdeutsche Post bringt darüber einen lesenswerthen Aufsatz.

2) Preußen scheint in einer Circulardepeche an die deutschen Regierungen vom 22. d. M. ausgeführt zu haben, daß, da Oestreich die Offensive ergriffen, dieser Krieg den Bund nicht zum Beistand verpflichte; daß sich Preußen durch etwaige Majoritätsbeschlüsse im andern Sinn nicht werde binden lassen. — Da alles darauf ankommt, ein Einverständnis der deutschen Staaten herzustellen, so erwarten wir, daß diese Ausführung in ebenso freundlicher als überzeugender Form gehalten sein wird.

3) An demselben Tage soll zwischen Frankreich und Rußland ein Vertrag irgend welcher Art geschlossen sein; wir hoffen, daß Preußen über denselben genügende Auskunft gefordert und erhalten haben wird. Auf jeden Fall muß die höchst drohende Lage unsere süddeutschen Brüder davon überzeugen, daß hier mit einfachem Kriegsgeschrei nichts auszurichten ist, daß man mit dem festen Entschluß, sich gegen jeden Angriff auf Leben und Tod zu wehren, die höchste Besonnenheit verbinden muß, wenn nicht namenloses Elend eintreten soll. Die deutschen Regierungen müssen in dieser furchtbaren Lage unbedingt mit Preußen gehen, auch wenn sie den Ansichten dieser Regierung nicht ganz beipflichten; jetzt ist nicht die Zeit dazu, individuelle Ueberzeugungen geltend zu machen. Auf England ist nur (und auch dann nicht einmal bestimmt) zu rechnen, wenn handgreiflich das Unrecht auf der entgegengesetzten Seite ist.

Uebrigens müssen wir — als unbefangene Zuschauer — Oestreichs entschiedene Haltung würdigend anerkennen. Es handelt mit dem stolzen Selbstgefühl einer wirklichen Großmacht. Aber in einem Punkt scheint es uns den Stolz doch zu weit getrieben zu haben, daß es nicht vor drei Monaten eine ernste und unbedingte Verständigung mit der einzigen Großmacht, auf die es ihm ankam, gesucht hat, mit Preußen. Damals, wir sind davon überzeugt, hätte es sie gefunden.

† †